

Bezugspreis:
Tom 21.-29. Sept. 20 Millionen Mark
vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband vom
21.-29. September für Deutschland,
Österr. u. Rumänien 21 000 000 M.,
für das übrige Ausland 23 000 000 M.
Vollzugspreis einschließlich d.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Sonnenschein“ und der
Beilage „Stellung und Richtigkeiten“
erscheint wochentags zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 262-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 22. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollschickkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:
Die einspaltige Reklamereihe
500 Mark, Reklamereihe 2500 Mark,
„Kleine Anzeigen“ das jetzige Wort
120 M. (zuzüglich zwei jetzige
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
60 M. Stängelgröße das erste Wort
60 M., jedes weitere Wort 30 M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familienanzeigen
für Abonnenten jeite 60 M.
Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl
zur Zeit 12 000.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Währungsbank.

Der „Soz. Parlaments-Dienst“ ist in der Lage, aus dem im
Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die
Währungsbank bereits folgendes mitzuteilen:

Der Entwurf zur Schaffung eines neuen Geldes sieht die Er-
richtung einer Währungsbank durch die wirtschaftlichen Be-
rufsstände Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel ein-
schließlich des Transport- und Bankgewerbes vor. Der städtische
Grundbesitz soll nach Maßgabe der Aufhebung der Zwangswirtschaft
herangezogen werden. Die Schenkungen werden von den Spitzenver-
bänden der wirtschaftlichen Berufsstände festgesetzt. Die Bank ist
selbständig in Verwaltung und Geschäftsführung. Die Wahl
eines Präsidenten bedarf der Genehmigung der Reichsregierung. Die
Spitzenverbände dürfen drei Personen vorschlagen. Werden diese
abgelehnt, so ernannt die Reichsregierung den Präsidenten mit Zu-
stimmung des Reichsrats. Der vorläufige Präsident wird von der
Reichsregierung ernannt. Die Währungsbank ist von allen Steuern
befreit.

Die Heranziehung des Sachbesitzes.

Das Kapital beträgt 2.400 Millionen Bodenmark. Es
wird zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft und von der In-
dustrie ufm. aufgebracht. Die Ausführung durch die Landwirtschaft
erfolgt in der Art, daß die Währungsbank an den Grundbesitz, die
dauern Land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken
dienend, in Höhe von 3 Proz. des Wehrbeitrages eine auf Goldmark
lautende Grundschuld erwirbt. Das Kapital der Grundschuld ist mit
6 1/2 Proz. jährlich zu verzinsen. Gegen Ansprüche aus der Grund-
schuld findet auf Antrag der Währungsbank im Weigerungsfalle die
sofortige Zwangsvollstreckung statt. Ist das mit der Grundschuld
belastete Grundstück verpachtet, so kann der Eigentümer von dem
Pächter die Erstattung der Hälfte der von ihm an die Währungsbank
gestellten Zinsen verlangen.

Bei den industriellen, gewerblichen und Handels-
betrieben erwirbt die Währungsbank, falls der Unternehmer
Eigentümer eines dem Betrieb dienenden Grundstückes ist, eine
Grundschuld wie in der Landwirtschaft. Soweit das nicht der
Fall ist, muß der Währungsbank eine auf Goldmark lautende
Schuldverschreibung des Unternehmers ausgestellt werden. Jedoch
sind die Unternehmer berechtigt, nach vorheriger Zu-
stimmung der Reichsregierung von der in dem Entwurf vorgesehenen
Belastung sich durch Leistung von Gold oder Zahlungsmitteln in aus-
ländischer Währung zu befreien. Die Grundschuld sowie der
Anspruch aus der Schuldverschreibung gehen, soweit nicht mit anderen
Staaten getroffene Vereinbarungen entgegenstehen, allen anderen
Lassen im Range vor. Wenn der Rang der Grundschuld ufm. infolge
eines aus Anlaß des Vertrages mit Verfallens mit anderen Staaten
getroffenen Abkommens für andere Zwecke in Anspruch genommen
werden sollte, treten die Grundschulden im Range zurück, jedoch nicht
über 12 1/2 Proz. des Wehrbeitrages.

Die Bodenmark.

Die Währungsbank stellt auf Grund ihres Kapitals Renten-
briefe aus, die auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon lauten
und mit 5 Proz. jährlich verzinslich sind. Sie dienen als Deckung
für die von der Währungsbank auszugebende Bodenmark, die in
100 Bodenpfennig eingeteilt ist, und zwar dürfen für auf 500 Gold-
mark lautende Rentenbriefe 500 Bodenmark ausgegeben werden,
soweit Deckung vorhanden ist. Die Bank ist verpflichtet, die Geld-
zeichen gegen Rentenbriefe einzulösen. Eine Bodenmark entspricht
dem Wert von 0,358 Gramm Feingold.

Die Währungsbank darf bankmäßige Geschäfte nur mit dem
Reich machen. Sie erhält die Ermächtigung, während der nächsten
zwei Jahre dem Reich auf Bodenmark lautende und in Goldmark
verzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrag von 2 Milliarden Boden-
mark zu gewähren. Nach Ablauf dieser zwei Jahre tritt die
Währungsbank in Liquidation. Sofort stellt sie dem Reich ein
zinsloses Darlehen von 300 Millionen Bodenmark zur Verfügung.
Das Reich muß diese Summe zur Einlösung oder Teileinlösung seiner
bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen verwenden,
während die Reichsbank verpflichtet ist, mit den ihr zufließenden
Beträgen die umlaufenden Reichsbanknoten einzulösen. Das Wert-
verhältnis, das der Einlösung zugrunde liegt, wird von der Reichs-
regierung im Einvernehmen mit der Währungsbank und der Währungs-
bank bestimmt. Nicht die Summe von 300 Millionen nicht aus, so
ist ein verzinsliches Zuhilfenahme aus dem Zweimilliardenkredit
nachzusuchen und zu gewähren.

Geldliches Zahlungsmittel ist die Bodenmark. An ihrer Stelle
sind bei Zahlungen in allen Beträgen bis zu 500 Bodenmark
die im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten und andere ge-
setzliche Zahlungsmittel auf Grund des schlagendsten Währungsver-
hältnisses in Zahlung zu nehmen. Die Beschränkung gilt nicht bei
Zahlungen an öffentlichen Kassen.

Die Beseitigung der Ubergangswährung.

Den Kapitalgebern wird aus dem bilanzmäßigen Reingewinn
3 Proz. zugeführt. Soweit die Einlagen in Grundschulden und
Schuldverschreibungen bestehen, wird der verfügbare Betrag aus
dem Reingewinn eines Jahres auf die erste Halbjahreszinsleistung
des folgenden Jahres verrecknet. Der Restbetrag dient zu drei
Vierteln der Verstärkung des Tilgungskontos, während das letzte
Viertel zur freien Verfügung der Währungsbank steht.

Im Falle der Wiederherstellung der Goldwährung vor der vor-
gezeichneten Frist von zwei Jahren kann das Reich das Recht der
Währungsbank zur Ausgabe von Geldzeichen aufheben und die
Einziehung der umlaufenden Geldzeichen verlangen. In diesem
Falle muß die Währungsbank entweder liquidieren oder die zu
ihren Schulden eingetragenen Grundschulden und die ihr ausge-
stellten Schuldverschreibungen als auch die von ihr ausgestellten
Rentenbriefe in Goldwährung umwandeln. Ein verbleibender Ueber-
schuß wird zur Hälfte nach der Bestimmung der Berufsstände zur

Förderung des deutschen Wirtschaftslebens verwendet, über die
andere Hälfte wird durch Reichsgesetz verfügt.

Landwirtschaft und Währungsplan.

Gegenüber anderen Meldungen wird von landwirtschaftlicher
Seite durch die TL. mitgeteilt, daß in den bisherigen Besprechungen
die Vertreter der Wirtschaft den Währungsplan der Regierung ledig-
lich zur Kenntnis genommen haben, ohne im zustimmenden oder
ablehnenden Sinne Stellung dazu zu nehmen.

Zur Ueberleitung der Papiermarkwährung in die Goldwährung
ist bekanntlich in dem Währungsplan der Reichsregierung eine
Zwischenwährung vorgesehen, während deren Geltung die Sanie-
rung der Staatsfinanzen erfolgen soll. Jetzt werden über den Plan
der Währungsbank, die zu diesem Zwecke gegründet wird, Einzel-
heiten bekannt. Danach soll Industrie und Landwirtschaft durch
eine Hypothek von 3 Proz. des Wehrbeitrages einen Goldmark-
betrag ausbringen, der in Form von Goldrentenbriefen die Deckung
für ein neues Geld und gleichzeitig die Abbildung der schwebenden
Schulden des Reiches auf den Sachbesitz bringen soll. Die Wäh-
rungsbank, die zur Durchführung dieser Aktion gebildet wird, ist
unabhängig vom Reich, das lediglich nur ein geringes Maß von
Einfluß durch die Bestätigung des Präsidenten behält. Die Boden-
mark, welche auf Grund dieser Schuldverschreibungen ausgegeben
wird, und die bei ihrer Umrechnung nicht in Gold, sondern lediglich
in Rentenbriefen eingelöst werden, bis die Goldwährung
selbst eingeführt ist, entspricht einem Wert von 0,358 Gramm Fein-
gold oder eine Friedensgoldmark. Wie dieses Wertverhältnis auf-
rechterhalten werden soll, ist aus dem Gesetzentwurf nicht ersichtlich.
Die Bodenmark ist ja nur als Inlandgeld gedacht und die Wäh-
rungsbank darf bankmäßige Geschäfte nur mit dem Reich machen.

Die Zwischenlösung, die vorgesehen ist, ist zweifellos mit ge-
wissen Gefahren verbunden. Es wird alles darauf ankommen,
daß von dem neuen Papiergeld nicht mehr ausgegeben wird
als zur Durchführung eines werbefähigen Geldverkehrs un-
bedingt erforderlich ist. Das Reich hat sich vorbehalten, das
Recht der Notenausgabe jederzeit nach eigenem Ermessen zu wider-
rufen. Es hat aber im übrigen in diesem Entwurf bis auf wenige
Einzelheiten die Bank der Privatwirtschaft überlassen. Nur das
Recht nimmt es für sich in Anspruch, Darlehen bis zu 2 Milliarden
Bodenmark und außerdem 300 Millionen Bodenmark zur Ein-
lösung von Papiermark zu erhalten, um auf diese Weise seine vor-
läufig noch ungedeckten Staatsausgaben decken zu können. Da-
mit muß aber die Ausgleichung des Staatshaushaltes
endgültig vollzogen sein, sonst wird auch die neue Bodenmark nur
ein Mittel zur Inflation werden. Die Reichsfinanzpolitik erhält so
noch eine Galgenfrist, ist innerhalb dieser der Staatshaushalt nicht
sanieret, so muß auch die neue Bodenmark dem Wertschwund ver-
fallen.

Es ist also ein gewagtes Experiment, das hier vorgenommen
wird und das in sich die Notwendigkeit zu einer Finanzpolitik
trägt, wie sie rücksichtslos bisher noch nicht dagewesen ist.
Ist einmal dieser Entwurf angenommen, so gibt es auf diesem Ge-
biete kein Zurück mehr.

Trotz Uebergangsschwierigkeiten unvermeidlich sind, braucht hier
nicht besonders dargelegt zu werden. Wenn neben der Bodenmark
noch die echte Goldmark geschaffen wird, wenn die Papiermark um-
läuft, so gibt es tatsächlich drei Geldsorten von verschiedener Güte,
zu denen der Zeit noch immer sehr verbreitete Devisenbesitz des In-
lands kommt. Die Goldnote wird der Großwirtschaft, Produzenten
und Großhandel vorbehalten bleiben, im übrigen wird sich der Ver-
kehr bei größeren Beträgen in Bodenmark, bei kleineren Beträgen
in Papiermark vollziehen. Zwischen der Papiermark und der Boden-
mark ein bestimmtes Wertverhältnis aufrecht zu erhalten, ist nicht
übermäßig schwer. Dafür aber zu sorgen, daß auch die Bodenmark
ihren Goldwert behält, ist die wesentlich schwierigere Aufgabe. Es
muß alles derangeseht werden, dieses Interimsgeld so bald
als möglich durch eine reine Goldwährung überflüssig zu
machen. Das setzt aber voraus die Lösung des Ruhrkonflikts und
eine radikale Heilung des tranken Reichsetats. Um zu beurteilen,
welche Maßnahmen auf diesem Gebiete geplant sind, wird man die
Steuer- und Ersparnisvorschläge der Regierung abwarten müssen.

Die Mark in New York.

In New York notierte die Mark gestern etwas über der
amtlichen Berliner Notierung. Nach den vorstehenden Schluß-
sätzen stellte sich dort der Preis eines Dollars auf 133,3
Millionen nach dem Gold- und auf 120,9 Millionen Mark
nach dem Briefkurs.

Verschiebung der Gemeindewahlen.

Dem Preussischen Landtag ist ein Antrag der Koalitions-
parteien zugegangen, wonach für die preussischen Ge-
meindewahlen der äußerste Termin vom 30. September 1923
auf den 2. März 1924 verschoben werden soll. In der Begründung
wird gesagt, daß der Ruhrbevölkerung die Erschütterung durch
Gemeindewahlen erspart werden müsse und daß die Wahlen erst
dann stattfinden könnten, wenn der Ruhrkonflikt bei-
gelegt sei.

Demokratisierung der Verwaltung

Problem und Praxis.

Von Albert Falkenberg.

Was bis zur Stunde über die Frage der Demokrati-
sierung der Verwaltung in Deutschland auch geredet und ge-
schrieben sein mag, weder die Frage des Problems ist gelöst
worden, noch ist es bisher gelungen, auch nur die Grundlage
für die systematische Umstellung der in den öffentlichen Be-
trieben tätigen Kräfte im Sinne der republikanischen Staats-
auffassung zu schaffen. Bei jedem Regierungswechsel tritt
diese Frage erneut in den Vordergrund, auch bei der zuletzt
vollzogenen Neubildung der Regierung ist sie wieder aktuell
geworden. Ja, sie ist es noch, aber sie ist auch diesmal vor-
wiegend wieder nur im enghesetzten Rahmen von Berufs-
interessenten erörtert worden.

In den Schriften des verstorbenen Bremer Pfarrers und
Pädagogen Albert Rathsich finden die Sätze: „Der Gegen-
wartstaat ist gebunden durch die Mächte der Vergangenheit.
So ist es auch der Lehrer der Vergangenheit, der Respekt für
sich vom Kinde als von dem Menschen der Zukunft verlangt.
Wie wäre es, wenn die Lehrer einmal anfangen, Respekt vor
dem Kinde zu haben?“ Wie wäre es, fragen wir unter sinn-
gemäßer Einschaltung der entsprechenden Begriffe, wenn die
Verwaltungsbürokratie einmal anfangen, Respekt vor dem
Volke zu haben? Nicht vor den Massen der Straße, sondern
vor der Größe des werdenden Volkes. Heute verlangt die
Bürokratie Respekt für sich vom Volke, um ihre Macht
als die des Staates ausgeben zu können. Sie will gar nicht —
wie es ihr Beruf ist — dem Volke dienen, sie will es be-
herrschen. Dieser Zustand in der Republik ist schlimmer als
die Machtposition der Bürokratie im Obrigkeitsstaat, in dem
sie lediglich ausführendes Organ eines höheren Willens war.
Jetzt aber ist sie — nicht zuletzt wegen ihrer größeren Fach-
verständigkeit — souverän. Je weniger Köpfe der Parla-
mentarismus zur Verfügung hat, desto größer ist die Macht
der Bürokratie in Parlament und Regierung. Wenn hinzu-
kommt, daß republikanische Minister vor aller Öffentlichkeit
— wie es der frühere völksparteiliche Reichsminister Heinze
in einer in Hamburg gehaltenen Parteidrede getan hat — er-
klären: „im Grunde bin ich Monarchist“, dann werden die
letzten Hemmungen beseitigt, die der gefühlspolitisch orientier-
ten Verwaltungspraxis hindernd im Wege standen. Solche
Minister sind weiten Schichten des höheren Beamtentums ge-
nehm, gegenüber Ministern, die es ernst nehmen mit ihrer
republikanischen Gesamteinstellung, und steigern die Emp-
findungen jener Kreise niemals über den zur Erhaltung des
Verwaltungskörpers unumgänglich notwendigen Wärmegrad.

Daß von dem Gang des deutschen Politik der nächsten
Wochen und Monate der Bestand der deutschen Republik ab-
hängt, soll heute von jedem denkenden Staatsbürger erkannt
werden. Zerbricht die jetzige Staatsform, zerfällt auch ihr
Inhalt. Was dann kommt, läßt sich zwar nicht in absolut
klaren Linien aufzeichnen, wohl aber voraussagen. Aber
auch, wenn uns der letzte Akt des deutschen Dramas in dieser
Form erspart bleiben und eine Aenderung der Staatsform
auf parlamentarischem Wege erstrebt werden würde, könnte
diese Kraftprobe nur mit den Stimmen der deutschen Ar-
beitnehmer, aber niemals gegen sie bestanden werden.
Darum müssen alle, die ihre Hoffnung auf gewalttame
oder friedliche Umstellung in anderer als republikanischer
Richtung gesetzt haben, ihre Wünsche vertagen und sich für
aufbauende Gegenwartsarbeit zur Verfügung stellen. Gerade
auch an die deutsche Verwaltungsbürokratie ergeht dieser
Appell, denn ihre Arbeit schafft die Geleise, auf denen sich der
Gedankenaustausch zwischen Innen- und Außenpolitik voll-
zieht. Je stetiger diese Arbeit geleistet wird, um so gewinn-
bringender werden politische Aktioproben in Rechnung gestellt
werden können. Kein Volk ist in der Lage, stabile Außen-
politik zu treiben, solange der Kampf um die Staatsform die
Innenpolitik nicht zur Ruhe kommen läßt.

Lassen schon diese Hinweise erkennen, welche eminente
Bedeutung die Frage der Demokratisierung der Verwaltung
für die Allgemeinpolitik besitzt, so läßt sich weiter aus ihnen
folgern, daß die ungewöhnliche Einstellung der Verwaltungs-
bürokratie auf den republikanischen Gedanken zweifellos die
republikanisch-demokratische Stärkung des
Beamtentums im ganzen nach sich ziehen würde.
Ohne sie ist an ein Gelingen durchgreifender Demokratisierung
der Verwaltung überhaupt nicht zu denken. Es muß zuge-
standen werden, daß die republikanische Einstellung weiter
Kreise des höheren Beamtentums sich gar nicht in dem oft
beobachteten Maße würde auswirken können, wenn nicht
mittlere und teilweise sogar untere Schichten des Beamtentums
so republikanisch zeigen würden. Vielfach fehlt auch
in diesen Kreisen der politische Instinkt für das Erkennen
von Gefahren, die durch eine republikanische Verwaltungs-
praxis für die Allgemeinheit heraufbeschworen werden.
Der Durchschnittsgrad des Beamten — auch das muß als späte
Auswirkung obrigkeitlicher Erziehungsmethoden hingenommen
werden — beurteilt die Handlungen der Betriebs- und Ver-
waltungsleitung zunächst fast immer unter dem Gesichtspunkte
persönlichen Vor- oder Nachteils. Diese Einstellung erschwert

naturgemäß die politische Beurteilung. Politisches Denken aber muß vor der Verwirklichung des Demokratisierungsgedankens vorhanden sein, weil Demokratisierung der Verwaltung als politische Angelegenheit der Allgemeinheit und nicht als eine Sonderfrage egoistischer Beamtenpolitik zu werten ist.

Wer die Demokratisierung der Verwaltung als einen Teil der staatsnotwendigen Erneuerung des Beamtenwesens im Volkstaate betrachtet, muß sich unter Einstellung auf obigen Gesichtspunkt für eine wesentlich anders geartete Praxis, als sie bisher geübt wurde, entscheiden. Die Demokratisierung der Verwaltung fordert von jedem einzelnen Beamten tatkräftige Mithilfe zu ihrer Verwirklichung, das heißt für den Abbau des alten Systems, das seine hervorragendste Stütze im höheren Beamtenstand fand.

Darum muß zunächst einmal der höhere Beamte nicht nur seine überholten politischen Auffassungen preisgeben, was unter der neuen Staatsform unhaltbar geworden ist, sondern auch zu einer grundsätzlichen Revision seiner beamtenpolitischen Anschauungen schreiten, die häufig ihre Wurzel in gesellschaftlichen Rückständigkeit haben.

Bevor der Verwaltungskörper ein lebendiger Organismus werden kann, muß der höhere Beamte selber den Mut für die Beseitigung aller nicht in seiner Dienststellung begründeten Vorrechte (z. B. Urlaubsfrage in den Zentralbehörden, Einhaltung des Achtstundentages u. a. m.) aufbringen. Das ist zwingende Notwendigkeit in einer Zeit, in der nicht nur materielle Luxus, sondern auch der Luxus unzeitgemäßer Standesanschauungen sich als finanzielle Belastung der Volksgemeinschaft auswirken. Diese Forderung erstreckt sich über die höheren Beamten hinaus auf alle Beamtengruppen. Jede dienstlich ungerechtfertigte Heraushebung einer Beamtengruppe gegenüber einer im Rang tiefer stehenden stört die zu erstrebende innere Einheit des Beamtenkörpers und wird zum Hindernis auf dem Wege zur Demokratisierung der Verwaltung.

Das mittlere und untere Beamtenstadium nicht daran denken, einer ideo Gleichmacherei durch Herabdrückung der Stellung des höheren Beamten das Wort zu reden, haben sie u. a. während der sechsjährigen Besoldungsdebatten häufig genug bewiesen. Wenn aber von ihnen gefordert wird, daß an Stelle des geradezu verbitternden prozentualen Teuerungszuschlages ein Kopfschlag zwecks zeitgemäßer Regulierung der Grundgehälter tritt, dann sollte im Interesse der dringend notwendigen Entspannung der in der Beamtenhierarchie zwischen oben und unten herrschenden Atmosphäre, der Widerstand der höheren Beamten gegen die Erfüllung dieser Forderung aufgegeben werden, bevor die finanzielle Unzulänglichkeit des Staats zum Abbau des Systems zwingt. Daß die politische Entwicklung zu dieser Maßnahme drängt, kann dem Einsichtigen nicht verborgen bleiben. Keine Berufssicht beweist ihre staatsverhaltende Gesinnung damit, daß sie immer nur Forderungen an andere Schichten stellt, sondern indem sie unter Einstellung politischer Notwendigkeiten in die eigene Rechnung die Zerration aufnimmt.

Forderungen, die sonst zur Verwirklichung des Demokratisierungsgedankens in der Verwaltung erhoben wurden, sind zwar längst Gemeingut aller Interessententresse geworden, aber noch sehr weit von der Erfüllung entfernt. Den nicht-beamteten Republikaner wird es befremden, daß das grundsätzliche Bekenntnis zur Republik von dem in den Diensten der Republik stehenden Beamten erst noch gefordert werden muß. Und doch zwingt der augenblickliche Zustand, diese Forderung an erster Stelle zu erheben. Erst ihre Verwirklichung bietet die Garantie für die Möglichkeit der Durchführung der Demokratisierung der Verwaltung.

Wesentliche Forderungen sind außerdem: Befestigung der Personalreferate mit republiktreuen Beamten, Neubefestigung der Disziplinargerichte mit zuverlässigen Republikanern, Beseitigung des Ressortpartikularismus, Abgrenzung der Zuständigkeit nach Maßgabe der Verantwortlichkeit u. a. m.

Daß auch die Frage des Beamtenabbaues für die Demokratisierung der Verwaltung besondere Bedeutung besitzt, liegt auf der Hand. Gerade weil die Gefahr besteht, daß der Beamtenabbau zur „Gesundung des Beamtenkörpers“ in republikfeindlichem Sinne mißbraucht wird, hat die gesamte Beamtenenschaft das größte Interesse an der Mitwirkung ihrer Gewerkschaften bei der unerläßlichen Reorganisation der staatl. Verwaltung und der ihr zufallenden Aufgaben (z. B. Steuergesetzgebung und Steuerverwaltung). Namentlich der Artikel III des inzwischen bekanntgewordenen Entwurfs eines Gesetzes über die Verminderung des Beamtenkörpers (Beamtenabbaugesetz), der Bestimmungen über die Befestigung entbehrlicher Reichsbeamter in den einstufigen Ruhestand enthält, erscheint geeignet, einer Vereinigung der Verwaltung Vorschub zu leisten, die weder sachlichen Erwägungen entspringt, noch mit der Wahrnehmung finanzieller Interessen zu begründen ist. Einer auf solcher Grundlage erstrebten Verminderung des Beamtenkörpers wird die Beamtenenschaft schärfsten Kampfs anfangen müssen, weil sie nicht zugeben kann, daß eine Schädigung ihrer Interessen um dunkler Ziele willen erfolgt. Den Beamten aber, die glauben, der Parole: Kampf jedem Beamtenabbau! folgen zu sollen, muß doch einmal die Frage vorgelegt werden, ob sie meinen, mit ihrem Vorgehen der drohenden Gefahr einer Finanz- und Verwaltungsdiktatur der Entente leichter begegnen zu können, als wenn sie sich in klarer Erkenntnis der politischen Gesamtlage zur Mitwirkung an der gerechten Lösung der Frage des Beamtenabbaues von vornherein bereit erklären.

Aus dem Bestreben, die Mißerfolge der bisherigen Demokratisierung der Verwaltung unternommenen Versuche vom Standpunkt der Parteipolitik zu erklären oder gar zu rechtfertigen, kann eine objektive Beurteilung nicht gewonnen werden. Begründungen wie die, die großen politischen Probleme hätten die Durchführung der Demokratisierung verhindert oder geeignete Kräfte ständen in ausreichendem Maße nicht zur Verfügung u. a. m., können nur teilweise Zustimmung beanspruchen. In Wahrheit beweist die Heranziehung dieser Begründungen die Tatsache, daß vielfach auch von maßgebender Stelle an dem Kern des Problems vorbeigesehen worden ist. Nicht zuletzt läßt sich diese Feststellung beweisen mit der Stellungnahme der früheren Reichsregierung und der Landesregierungen zu dem Beamtenrätegedanken. Wenn jetzt von republikanischer Seite die Befestigung der Staatsstellen mit republiktreuen Beamten verlangt wird, von denen wichtige Entscheidungen zu treffen sind, dann muß dieser Forderung zugestimmt werden. Eine Durchführung der Verwaltung mit demokratischem Geist aber wird erst möglich werden, wenn auf Grund eines zeitgemäßen Beamtenrätegesetzes die Mitarbeit aller Beamten an der Lösung der Verwaltungsaufgaben im System gesichert ist.

Die Kommunisten verlangen neuerdings „Kontrolle der Behörden durch Beauftragte der Arbeiterausschüsse“. Wer kontrollieren will, muß aber erst einmal selber etwas von den Dingen verstehen. Darum wird nicht Kontrolle, sondern Demokratisierung der Verwaltung gefordert, das heißt Neuordnung des Verwaltungsapparats durch Menschen, die Verwaltungsarbeit im Geiste der deutschen Reichsverfassung zu leisten vermögen.

Die Papiermark-Lohnpolitik.

Eine Antwort des Reichsarbeitsministers.

Die „Deutsche Tageszeitung“ brachte am Dienstagabend „Ein offenes Wort zur Ruhrkorruption“. In diesem „Die Verantwortung“ überschriebenen Artikel wurde insbesondere dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns der Vorwurf gemacht, daß er durch seine Lohnpolitik dazu beigetragen habe, die Verhältnisse im Ruhrgebiet zu torumpieren. Die Korruption erblickt das politische Blatt darin, daß man den Patriotismus der Massen der

Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, sozusagen gekauft habe, und zwar durch Lohnhöhungen auf der einen und Zahlung übermäßig hoher Arbeitslosenunterstützung auf der anderen Seite. Ein Vertreter des dem Reichsarbeitsminister nahestehenden „Deutschen“ hat deshalb Veranlassung genommen, Herrn Dr. Brauns über seine Stellungnahme zu diesem Angriff der „Deutschen Tageszeitung“ zu befragen. Der Reichsarbeitsminister erwiderte auf die Frage, ob die Sozialpolitik der Gegenwart unverhältnismäßig größere Summen verschlinge als vor dem Kriege:

„Selbstverständlich ist der Aufwand an Papiermark auch auf sozialpolitischem Gebiet um ein Vielfaches größer, als der Aufwand in Goldmark vor dem Kriege. Geht man aber auf Goldmark zurück, oder schaltet den jeweiligen Entwertungskoeffizienten ein, so sind die sozialpolitischen Aufwendungen des Reiches auf den einzelnen Gebieten geringer als früher. Auf allen Gebieten hat sich die deutsche Sozialpolitik große Zurückhaltung auferlegen müssen, und dem Kenner der Verhältnisse ist bitter noch ums Herz, wenn er sieht, wieviel unverschuldete Not heute keine Abhilfe mehr finden kann.“

Die weitere Frage, ob die Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums zur Geldentwertung beigetragen habe, beantwortete der Minister dahin:

„Ueber Löhne und Lohnpolitik läßt sich nur im Zusammenhang mit Preisen und Preispolitik sprechen. ... Zwischen Löhnen und Preisen besteht eine enge Wechselbeziehung. Bei der leider sehr beschränkten Kaufkraft unserer heutigen Löhne, die z. B. in der letzten Woche auch in den höchstgelohnten Industrien und teuersten Städten kaum über zwei Goldmark im Tage betragen haben, bedingt naturgemäß jede erhebliche Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse auch eine Lohnhöhung, wenn die Arbeitskraft und damit die Wirtschaft überhaupt erhalten werden sollen. Umgekehrt bedeuten höhere Löhne natürlich auch eine Steigerung der Produktionskosten, die sich wieder in den Preisen auswirken muß. Entscheidend ist die Frage, von wo der Kreislauf seinen stärksten Antrieb erhält, ob von den Lohnhöhungen, der Preissteigerung oder schließlich von dem Rotendruck. Jeder unbefangene Beobachter wird zu dem Ergebnis kommen, daß von der Lohnseite her die Geldentwertung sicherlich nicht in erster Linie verursacht worden ist, daß die Löhne vielmehr fast stets den steigenden Preisen nachgehinkt sind. Daß in einzelnen Gewerben die Löhne auch einmal ein paar Tage lang oder auch einmal die eine oder andere Woche das unbedingt notwendige Maß überschritten haben, ... wird bei der Unsicherheit unserer ganzen Wirtschaftslage kaum zu vermeiden sein. Im allgemeinen ist aber die reale Kaufkraft des Lohnes in der Nachkriegszeit erheblich niedriger gewesen als vor dem Kriege und gerade in letzter Zeit bedauerlicherweise weiter gesunken. Auch eine nähere Prüfung der in den Preisen stehenden Unkosten und das Verhältnis der Löhne zu diesen zeigt, daß man die Löhne zu Unrecht zum Sündenbock stampfen möchte.“

Auf die weitere Frage, ob sich in diesen Dingen auch nichts geändert habe, seit das Reichsarbeitsministerium den Grundlag der wertbeständigen Löhne vertritt, erklärt der Minister:

„Die zwingende Notwendigkeit der Praxis, die Unmöglichkeit, durch Lohnvereinbarungen der rasend schnellen Geldentwertung auf andere Weise gerecht zu werden, waren es, die zu der wertbeständigen Entlohnung geführt haben. Nachdem die wertbeständige Rechnung im gesamten Wirtschaftsleben sich durchgesetzt hatte, ließ es sich nicht mehr rechtfertigen, allein auf dem Gebiet der Lohn- und Gehaltszahlung die immer größere Marktentwertung einfach zu übersehen und den Arbeitnehmer mit der ganzen Bürde der Inflationssteuer zu belasten. Es ist aber ein gefährlicher Irrtum, wenn man annimmt, daß infolge der wertbeständigen Bezahlung die Arbeiterschaft nun aller Not enthoben sei und nicht unter der Schwere der Zeit ebenso leide, wie die vielen anderen Kreise unseres Volkes. Im übrigen sind die Richtlinien, die das Reichsarbeitsministerium über die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes aufgestellt hat, mit aller Vorsicht aufgestellt und mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchberaten und von beiden Seiten gutgeheißen worden. Noch in den letzten Tagen sind

Von Drachen und Drachensteigen.

Der Herbst naht, und mit dem Wind, der über die Stoppeln weht, beginnen die Drachenspiele unserer Knaben, die sich an ihren köhnten Flügen in der Luft ergötzen. Dabei kommt ihnen freilich nicht in den Sinn, daß diese Drachen, die sich da so lustig im Wind kreuzen, eine uralte Geschichte haben, daß ganze Völker sich durch Jahrhunderte mit ihnen in Ernst und Scherz beschäftigten und sogar die Wissenschaft ihnen manche Ertrungensgeschichte verdankt.

Der erste, der einen Drachen verfertigt haben soll, war der griechische Götterkämpfer Arachne von Larissa, der ums Jahr 400 v. Chr. lebte. Es erregte das größte Aufsehen, als er ein merkwürdiges Gebilde in die Luft steigen ließ, das aus zwei getreuzten, mit Leinwand überspannten Holzstäben bestand. Der Drache, dessen Form in unserem Kinderspielzeug noch fortlebt, sollte Arachne zur Erkenntnis der Naturgesetze dienen. Auch sonst haben Drachen in der Wissenschaft eine Rolle gespielt; mit Hilfe eines Drachens führte Franklin den Beweis, daß die Wolken elektrisch geladen seien, und sein Versuchsdrahe wurde der erste Blitzeableiter. Auch zur Erforschung hoher Luftschichten hat sich die Meteorologie der Drachen als Registrierapparate bedient.

Das eigentliche Haupt- und Heimatland der Drachen ist aber von altersher China, wo sie schon im dritten vorchristlichen Jahrhundert zu militärischen Signalen benutzt worden sein sollen. Aus China stammt auch das Drachenspiegelspiel, das dort ein uraltes Nationalergrünung ist. An gewissen Festtagen eilt hoch und niedrig, jung und alt ins Freie, und bald schwirrt ein unendliches Meer bunter Luftschiffe am Himmel. Das eigentliche Drachenspiel ist das „Fest des hohen Fluges“, das auf den neunten Tag des neunten Monats fällt. Dann sind auf den Höhen von Fuchow mehr als 300 000 Personen versammelt, die entweder Drachen steigen lassen oder das wunderbare Leben in den Luftregionen nur bewundern. Diese Drachenspiele hängen mit dem chinesischen Mythos aufs engste zusammen. Der Drache, das Symbol des himmlischen Reiches, verkörpert berühmte Götter und Helden, die, in den hoch emporstrebenden Papierdrachen gebannt, sich der Luft und dem Himmel vernehmen. Alle möglichen Tiere, denen man günstige oder läbliche Vorbedeutung zulegt, Frösche, Fische, Schmetterlinge, Fledermäuse, Hunderrüssel — sie alle leben in dieser bunten Drachenswelt auf, und werden von der Erde, auf der sie Unheil stiften, in die Luft verwiesen oder durch den Flug zum Himmel geholt. Besonders beliebt sind die musikalischen Drachen, die an einem Bambusbogen eine seidene Schnur tragen, auf der der Wind einen wohlklingenden Ton hervorbringt. Auch mit bunten Lampen sind die Drachen reich geschmückt. Bismellen sind diese Spielzeuge riesengroß, so z. B. der Hunderrüssel, der vom Kopf bis zum Schwanz fast 40 Fuß misst und sicher der größte Drache ist, der je zum Flug in die Luft hergestell wurde. Mit den sogenannten Kampfdrahen, die etwa 5 Fuß lang, kreuzförmig und am Ende mit schwarzen Spitzen versehen sind, werden ganze Luftkämpfe auf-

geführt; sie sind an seidenen Schnüren emporgelassen, die in Fischlein getaucht und mit einem Präparat aus Glas oder pulverisiertem Porzellan gedreht sind. Kreuzen sich die Schnüre, dann sind binnen kurzen fünf oder sechs Drachen mit einander im Kampf, und mit leidenschaftlicher Spannung erwartet man den Ausgang, welcher der Kämpfer zuerst den anderen mit seiner Spitze durchbohrt wird; dabei werden hohe Geldwetten abgeschlossen. Auch als Luftschiff soll der Drache bereits in China verwandt worden sein, denn in einem Drachen sog der berühmte Räuber Jihatawa auf die Spitze des Schlosses von Nagaya, um den goldenen Wunderstich zu stehlen. Die chinesischen Drachen und die Drachenspiele wurden durch die Chinamode des 17. und 18. Jahrhunderts nach Europa geführt und hier zu einer Lustbarkeit der Kinderwelt.

Beschränkung der Kurierfreiheit!

Auf eine von dem Geschäftsausschuß des Deutschen Ärztevereins an seiner Jubiläumstagung gefaßten Resolution gegen die Fassung des § 6 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten teilt uns unser medizinischer Mitarbeiter, Gen. Dr. Robert Marx, folgendes mit:

Diese Forderung läßt auf die Schaffung eines Behandlungsmonopols für die approbierten Ärzte hinaus, ohne daß diese für sich eine Behandlungspflicht, wie sie früher bestand, gerechtfertigt gefordert hätten. Um eine sachgemäße Behandlung der Geschlechtskrankheiten durchzuführen, müßte jeder Arzt mit einem entsprechenden Instrumentarium versehen sein. Solange aber noch Ärzte, ja sogar Hautärzte, ohne Mikroskop „spezialistisch“ arbeiten, sind nicht die Vorbedingungen dafür gegeben. Ueber die Mängel der ärztlichen Ausbildung wird andauernd gerade von denselben Kreisen geklagt, die jetzt das nämliche Studium als einzige Vorbedingung für eine sachgemäße Behandlung fordern. Syphilis und Gonorrhoe der Cholera und Pest gleichzustellen, ist ein sonderbares Unterfangen, da die Übertragungsbedingungen der Krankheiten vollkommen verschieden sind. Wenn man solche Verträge an eine Patientenpersönlichkeit, wie sie der Reichstag in seiner Majorität auf diesem Gebiete darstellt, richtet, darf man nicht der Gegendelung unaufrichtiger Motive wie „Bedrohung der Haupterntequelle“ unterschließen.

Betreffs der Untersuchungsunmöglichkeit von noch ansteckenden und nicht mehr ansteckenden Erkrankungen der Geschlechtsorgane muß auf die schon eingangs erwähnten, auch bei Ärzten fehlenden Vorbedingungen hingewiesen werden.

Durch die Abänderung des Paragraphen in seine frühere Fassung würde aber dem Unzulänglichkeit Tür und Tor geöffnet werden. Denn wenn eine Frau von ihrer Nachbarin gegen Ausstoß Spülungen empfohlen bekommt, hat diese Frau drei Monate Gefängnis wegen Verletzung einer Unterleibsbestrafung zu erwarten. Der tiefere Zweck der Reichsratsentscheidung aber war die Aufhebung der Reglementierung der Prostitution zu verhüten, die durch das Gesetz aufgehoben wurde. Es wurde deshalb dieser Passus, der nur in jedem Staatsbürger zusteht, das Recht der freien Ausübung der Krankenbehand-

lung einschränken sollte, als Vorwand benutzt. Diese Tatsache dürfte den interessierten Kreisen des Ärztevereins wohl bekannt sein.

Für den Geist dieser „berufenen Hüter der Volksgesundheit“ ist ihre Sorge bezeichnend, daß die vorgezeichneten Strafbestimmungen wirkungslos werden könnten.

Sollte dieses Gesetz, das bestimmt ist, dem Frauengeschlecht seine Menschenwürde durch Aufhebung der Reglementierung wiederzugeben, durch die Reaktion — denn diese ist im Reichsrat und in der Leitung des Ärztevereins vertreten — hinfällig werden, so würde das erste wirklich soziale Gesetz, das nicht seinen Hauptzweck in der Strafe sieht, zu nichte werden.

Flugzeugbeobachtung der Sonnenfinsternis. Die totale Sonnenfinsternis am 10. September wurde in Amerika von zahlreichen wissenschaftlichen Expeditionen beobachtet, die sich zu dem Zweck nach San Diego in Kalifornien begeben hatten, wo die günstigste Gelegenheit zur Beobachtung war. Die Sonnenfinsternis begann um 12 Uhr mittags; drei Minuten lang war die Sonne vollständig vom Mond bedeckt, und die Corona wurde sichtbar. Während der Finsternis kreisten 17 Flugzeuge in der Luft, an deren Bord sich die Astronomen befanden, die in einer Höhe von etwa 6000 Metern photographische Aufnahmen des Phänomens machten. Professor Smithell, der an den Beobachtungen teilnahm, erklärt, daß man während der Finsternis beobachten konnte, wie ein Strahl Wasserstoffgas von rosa Farbe auf der einen Seite des Glühens hervorströmte. Die Gelehrten hatten dieses Moment für außerordentlich wichtig. Professor Sears ist es gelungen, die Corona zu photographieren und er gedenkt auf Grund der Photographien gewisse, von Einstein aufgestellte Hypothesen nachzuprüfen.

Bei Kalkul. In dem Augenblick, in dem durch die spanische Militärrevolution die marokkanische Frage wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt wird, gewinnen die Aufzeichnungen der englischen Reisenden Mrs. Forbes, in denen sich die tüchtige Forscherin mit der Person des verstorbenen marokkanischen Hauptlings Kalkul beschäftigt, besondere Bedeutung. Frau Forbes hat eine Zeit lang im Lager des Führers des marokkanischen Aufstandes gegen Spanien gelebt und dabei das Vertrauen des Mannes, der soeben erst dem spanischen Diktator seine Friedensliebe verkörpert hat, gewonnen, eine Versicherung, auf die freilich bei einem Kalkul nicht viel zu geben ist. Die Engländerin schilbert ihren marokkanischen Gastgeber als einen herkulisch gebauten Mann mit brennendem roten Bart. Kalkul hat zwei Frauen, von denen die eine, die erst 14 Jahre zählt, von hervorragender Schönheit sein soll. Seine Nachkommenchaft teilt sich aus 12 Kindern zusammen, von denen neun Mädchen sind. Wie Kalkul seinem englischen Gast versicherte, interessiert er sich im besonderen Grade für die Politik; dabei sang er ein in seinem Munde besonders beherzt klingendes Loblied auf die Zivilisation, das er mit dem Bilde illustrierte: „Die Zivilisation ist das sehende Auge; dieses ist größer als die Blindheit, und deshalb wird auch die Zivilisation stets triumphieren.“

Einen Kofokabend unter dem Titel „In Sansonci“ veranstalteten Ref. Langer, Fritz Delius und Alfred Bichten-Rein am 29. d. M. im Reiteraal.

Buchhändler-Schlafzahl ab heute Sonnabend 35 Millionen.

In der Zentralarbeitsgemeinschaft unter dem Druck der steigenden Geldentwertung ohne behördliche Mitwirkung Vereinbarungen zustande gekommen, die über die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums in verschiedener Hinsicht hinausgehen. Und auch andere Stellen sind in der wertbeständigen Entlohnung der Arbeitnehmer des Reiches zunächst weiter gegangen, als es das Reichsarbeitsministerium für gut gehalten hat. . . . Soweit man den Vorschlägen des Reichsarbeitsministeriums gefolgt ist, sind die Löhne nirgends über die Weltlöhne hinausgewachsen. Man vergleiche doch einmal die Lohnhöhe in Industrien, die Vereinbarungen über die Wertbeständigkeit haben, mit den Löhnen in Industrien ohne solche; dann wird man finden, daß nicht die Wertbeständigkeitsabkommen die Löhne in die Höhe treiben, daß vielmehr häufig über die Vereinbarungen hinausgegangen werden mußte, um nur mit den nicht gebundenen, frei vereinbarten Löhnen Schritt zu halten. Die Wertbeständigkeit soll nicht die Löhne auf unzulässige Höhe steigern und tut das auch nicht, sondern sie hat die Aufgabe, wieder Ruhe, Stetigkeit und Sicherheit in die Lohnpolitik zu bringen, ohne weiche Arbeitsfriede und Arbeitsfreude eine Unmöglichkeit sind.

Auf die letzte Frage, die eigentlich den Kernpunkt der Angriffe in der „Deutschen Tageszeitung“ bildet, wie es mit der Erwerbslosenunterstützung im Ruhrgebiet stehe, führte der Minister u. a. aus:

„Es ist nicht mehr als eine leichtfertige Redensart, davon zu sprechen, auf diese Weise sei der Patriotismus des Ruhrgebietes sozusagen gekauft worden, und die „Deutsche Tageszeitung“ mag es verantworten, wenn sie die Haltung der Ruhrbevölkerung vor dem In- und Auslande auf diese Weise kennzeichnen zu sollen glaubt. Sie hat aber auch nicht weniger unrecht, wenn sie behauptet, das Reichsarbeitsministerium habe die Unterstützung von Anfang an allzu „großzügig“ bemessen, dadurch die schwersten Mißstände hervorgerufen und nichts zu ihrer Bekämpfung getan. Wie steht es mit der Bemessung, die übrigens im Einverständnis mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt ist? Gegeben wurden im allgemeinen zwei Drittel der Löhne. Sollte man vielleicht weniger geben? Welche Kreise waren sogar der Meinung, daß im Gegenteil mehr hätte gewährt werden müssen. Sind etwa auch die Beamtenbezüge gekürzt worden? Oder haben die Landwirte ihre Produkte im normalen Verkehr nach dem befehlten Gebiet billiger verkauft? Die verantwortlichen Vertretungen der Arbeiter, die Gewerkschaften, haben demgegenüber in diesen Fragen die Mäßigung gezeigt, die von den realistischen Elementen der Arbeiterschaft allenthalben gegen sie ausgenutzt worden ist. . . . Mißbräuche sind im befehlten Gebiet zweifellos vorgekommen. Aber warum? Die Franzosen haben nichts unternommen, den Behörden der Länder und Gemeinden — eine Reichsverwaltung gibt's bekanntlich dort nicht — die Erfüllung ihrer Aufgaben zu vereiteln. Wenn einzelne Stellen der Länder oder Gemeinden diesem Druck hier und da nachgegeben haben, wenn auch nichtbeamtete Helfer ihm erliegen sind, so muß ich als Reichsminister das bedauern, kann es aber verstehen. Ganz allgemein ist auf größere Ersparnis mit den schärfsten Mitteln, schließlich mit einer rücksichtslosen Beschneidung der angeforderten Beträge vorgegangen worden.

Zwischenfrage: „Die aufgewandten Summen sind gleichwohl sehr hoch geworden?“

„Das sind sie und auch das war unvermeidlich. Die Teuerung ist gerade im befehlten Gebiet im allgemeinen größer gewesen und rascher gestiegen als anderswo. Solange nicht der Landwirt, der Kaufmann im befehlten Gebiet auf eine Steigerung ihrer Preise verzichten, so lange konnte der Arbeitslose nicht ohne eine Erhöhung seiner Unterstützung auskommen und mußte ich mich zu dieser Erhöhung bekümmern. Hier noch weniger wie anderswo hat etwa mein Ressort die Teuerung und die Inflation verursacht, denn die vom Reich gewährte Arbeitslosenunterstützung hat mit den Preisen im Ruhrgebiet unmittelbar nichts zu tun. Daß die Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer zum wesentlichen Teil von der Rentenpresse befristet werden mußte und so die Inflation vermehrt hat, ist richtig. Aber die Arbeitslosenunterstützung ist dabei nichts anderes als die unvermeidliche Restgröße des Ruhrabwehrkampfes und muß zusammen mit diesem bewertet werden.“

Der Versuch der „Deutschen Tageszeitung“, die Schuld an der Ruhrkorruption auf die Arbeiterschaft, auf den „Geist der Gewerkschaften und den Geist des Herrn Dr. Brauns“ zurückzuführen und damit das Gebiet der wirklichen Korruption in den Hintergrund treten zu lassen, dürfte damit erledigt sein.

Der passive Widerstand.

Eine Stimme aus Zentrumskreisen.

In einem Leitartikel, der sich scharf gegen die deutsch-nationale Demagogie wendet, fordert die „Germania“ eine sachliche Erörterung der Frage, ob es nicht besser sei, den passiven Widerstand geordnet zu beenden, als ihn zusammenbrechen zu lassen. Sie führt dazu weiter aus:

Der Wille der betroffenen Bevölkerung, der den Widerstand hervorrief, muß ihn auch beenden. In den Spitzen der politischen Parteien, die eine Einheitsfront hergestellt haben, und den wirtschaftlichen Berufsverbänden hat sie eine geehelte Vertretung, durch die sie ihren Willen zum Ausdruck bringen kann. Es ist allerdings notwendig, daß die Prüfung der ganzen Frage von sachlichen Gesichtspunkten erfolgt, und es ist ein Gebot innerer Wahrsamkeit, daß öffentliche Kundgebungen sich mit den Meinungen ab vertraulichen Besprechungen decken. Die Regierung kann keine Schritte unternehmen, die nicht in vollster Übereinstimmung mit der Bevölkerung des befehlten Gebietes vorbereitet sind.

Die Freilassung der Gefangenen und die Heimkehr der Vertriebenen wird auch von der „Germania“ als eine selbstverständliche Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit betrachtet, gegen die Frankreich nicht ungestraft sündigen könne.

Neues Sprengattentat.

Essen, 21. September. (Mit.) Gestern Abend wurde an der von der Belegschaftsbehörde befehlten Bahnstrecke Rülensfeld-Helffen in der Nähe der Kolonie Margaretenhöhe innerhalb des Stadtteiles Essen auf die Bahnstrecke ein Sprengattentat verübt. Von der Brücke selbst wurde lediglich das Geländer beschädigt. Die Befehle wurden auf sechs Meter ausgedehnt. Außerdem wurden die an der Strecke liegenden Telegraphendrähte beschädigt. Die Sprengung hat auch an den umliegenden Häusern Beschädigungen hervorgerufen. Ebenso sind bei der in der Gasse hörbaren heftigen Detonation viele Fensterscheiben zertrümmert. Die Stelle wurde sofort von französischen Truppen abgesperrt und der umliegende Wald durchsucht. Man erwartet schwere Sanktionen. Auch dürfte die übliche Verkehrsperre über Essen verhängt werden.

Umlich wird dazu mitgeteilt:

Nach Zeitungsberichten ist gegen die Bahnstrecke Rülensfeld-Helffen innerhalb des Stadtteiles Essen ein Sprengattentat verübt worden. Sollte diese Nachricht sich bewahrheiten und Verursache daran beteiligt sein, so besteht

kein Zweifel, daß die Reichsregierung dieses Attentat ebenso wie in früheren Fällen verurteilt und bereit ist, bei Aufklärung des Tatbestandes mitzuwirken.

Erhöhung der Kohlendolpreise.

Bis vor kurzem hat man jede Erhöhung der Kohlendolpreise mit den Preissteigerungen für die Rohstoffe und Hilfsmaterialien sowie mit den Lohnerhöhungen begründet. Seit acht Tagen haben wir nun glücklich Goldpreise für Kohle, obwohl die Bergarbeiter keine Goldlöhne erhalten. Hatte man nun bei dieser Gelegenheit auch die Goldpreise gleich wesentlich über den Friedensstand festgesetzt, so schreckt man jetzt

An unsere Abonnenten!

Die sprunghafte Preissteigerung, die täglich immer kräftere Formen annimmt und die Ankosten für die Herstellung der Zeitung ins ganz Unberechenbare steigert, überholte schon Mitte der laufenden Woche den zu Beginn der Woche festgesetzten Bezugspreis. Der Existenz unserer Presse wird durch die ungeheure, nicht zum Stillstand kommende Preissteigerung jede feste Grundlage entzogen. So sehr wir uns auch bemühen, in jeder Beziehung die größte Sparsamkeit walten zu lassen, die uns schon die Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage unseres Leserkreises gebietet, muß, wenn der „Vorwärts“ der Partei und der Arbeiterschaft erhalten bleiben soll, der Bezugspreis den gewaltig gestiegenen Kosten angepaßt werden. Für die Woche vom 23. bis 29. d. M. beträgt der Bezugspreis 20 000 000 M.

Daß wie jede Erhöhung nur dem Druck der Verhältnisse nachgehend vorzunehmen, wissen unsere Freunde. Wir vertrauen deshalb auch auf die Einsicht unserer Leser und Genossen, daß sie trotz der zwingend notwendig gewordenen Erhöhung dem „Vorwärts“ als Abonnenten treu bleiben werden.

Verlag und Redaktion.

nicht davor zurück, die im Steinkohlenbergbau notwendig gewordenen Lohnerhöhungen zu weiteren Preissteigerungen zu benutzen.

Der Reichskohlenrat nahm am Freitag eine Neuregelung der Löhne im Steinkohlenbergbau vor. Die Löhne für das Ruhrgebiet und für das Gebiet bei Aachen und Köln wurden um 185,7 Proz. auf 100 Millionen pro Tag erhöht. Die Steigerung beträgt in Goldmark umgerechnet 88 Proz. Für Sachsen erfolgt eine Erhöhung um 159,9 Proz. auf 112 Millionen, für Niedersachsen um 164,7 Proz. auf 115 Millionen, für Obersachsen um 167,2 Proz. auf 120 Millionen. Infolge dieser Lohnerhöhung wurden die Kohlendolpreise in Goldmark durchschnittlich um 30—34 Proz. heraufgesetzt. Die Lohnregelung im Braunkohlenbergbau erfolgte bis jetzt noch nicht, ebenfalls wurde die Frage der Zahlungsbedingungen, deretwegen die Kohlenhändler in den Streik traten, nicht erledigt.

Die Preistreiber mit der Kohle ist um so bedenklicher, als sie die gesamte Produktion verteuert, so den Preisstand erhöht und auf diese Weise einen Antriebsmoment zu neuer Inflation bietet. Wenn bei jedem Dollarrückgang die Kohlendolpreise in Gold heraufgesetzt werden, wie das gestern geschah, so wird keine Stützungsaktion auf die Dauer Erfolg haben können. Es ist sehr zu bedauern, daß der Reichskohlenrat der Goldpreiserhöhung der Kohle zugestimmt hat. Die Reichsregierung sollte, wenn sie ihre Währungspläne mit Energie durchführen will, gegen diese Preisgebung des Reichskohlenrates Einspruch erheben.

Lohnregelung für den Kohlenbergbau.

Ein Schiedspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesehten Schlichtungsausschusses bestimmt vom 17. bis 24. September den Durchschnittstarif für den Kohlenbergbau einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes für den Ruhrbezirk mit 160, für Obersachsen mit 120, für Sachsen mit 112 und für die mitteldeutschen Braunkohlen-Kernreviere mit 108 Millionen Mark.

Jellinger in München.

München, 21. September. (Mit.) Wie die Korrespondenz Hoffmann mitteilt, ist der Drohsenkommissar Gehlmeier Jellinger am 20. September zum Besuche des bayerischen Ministerpräsidenten und des Handelsministers in München eingetroffen. Sofort nach der Ankunft hat Gehlmeier Jellinger eine eingehende Aussprache insbesondere mit dem Handelsminister gepflogen. Im Anschluß hieran wurde ihm Gelegenheit zur Vorlegung seiner grundsätzlichen Auffassung vor führenden Kreisen der bayerischen Wirtschaft gegeben. Den Ausführungen entnahmen die Beteiligten mit Befriedigung, daß er in seiner Amtsführung den berechtigten Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe weitestgehend Rechnung tragen wird. Ein Eingriff in die produktiven Zweigen dienenden Eisen- und Edelmetallbestände ist nicht beabsichtigt. Auch die vielfach geäußerten Befürchtungen des notleidenden Mittelstandes sind unbegründet; dagegen wird mit aller Schärfe gegen den illegalen Devisenhandel und Devisenbesitz vorgegangen werden. Eine weitgehende Dezentralisation soll die Durchführung der Maßnahmen erleichtern. Zur Wahrung der besonderen bayerischen Bedürfnisse wird der Drohsenkommissar sich zum Vollzug der Verordnung für Bayern einer im Einvernehmen mit dem bayerischen Handelsministerium zu errichtenden, eigenen Stelle bedienen.

Es scheint jetzt gute Sitten zu werden, daß jede neu vom Reich eingerichtete Stelle eine Gesandtschaft in München zur Wahrung der bayerischen Eigenart einsetzt. Daß man gerade in den Kreisen der bayerischen Industriellen, in der auch die Geldgeber der Deutschvölkischen sitzen, „Uebergriffe“ des Drohsenkommissars fürchtet, läßt tief blicken.

Sicherstellung der Volksernährung.

Teilweise Unterechterhaltung der Vegetation.

Am Donnerstag wurde im Unterausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats als die allgemeine Ernährungsfrage besprochen. Ein Vertreter des Ernährungeministers führte aus, daß die diesjährige Ernte auf 10 Millionen Tonnen geschätzt werden könne. Er fuhr dann fort: Die Bewegungskraft der Getreidemengen ist aber nicht gegeben, weil der Bauer im allgemeinen nur soweit verkauft, als er den Erlös sofort wieder zu Steuer-, Lohnzahlung usw. verwenden kann. Es ist deshalb zu befürchten, daß trotz günstiger Ernte, wenn am 15. Oktober die Markenerzeugung aufhört, große Unsicherheit und Stockung in der Brotversorgung eintreten. Das Kabinett hat deshalb eine Vorlage angenommen, in der vorgesehen ist: 1. Verstärkung der von der Reichsgetreidekasse zu erwerbenden Brotgetreidemengen auf 2—2½ Millionen

Tonnen, 2. Möglichkeit der Fortführung der Markenerzeugung in den Gebieten, wo die politische und wirtschaftliche Lage es unbedingt erfordert, 3. Wegfall der öffentlichen Getreideablieferung in den Kommunalverbänden, in denen die Brotversorgung durch eigene Ernte ausreißend gesichert erscheint, 4. Antragsrecht für die übrigen Kommunalverbände auf unmittelbare Lieferung von Getreide an ihre Mühlen zum Tagespreis. An solche Mühlen kann auf Antrag von der Reichsgetreidekasse bis zu drei Viertel der bisherigen Ration geliefert werden. Durch diese direkte Lieferung an die Mühlen soll das finanzielle Risiko der Kommunalverbände ausgeschaltet werden. Die Aufbringung des Getreideertrags muß in der Hauptsache durch freien Ankauf im Lande erfolgen. Um die Kartoffeln dem Verbrauch zuzuführen, ist nach dem Vorbild der Getreidekreditbanken eine Kartoffelkreditbank gegründet worden. Die Wagengestellung für Kartoffeln genügt den Anforderungen. Die Fettversorgung wurde durch die Markterzeugung stark in Mitleidenschaft gezogen. In vielen Fällen verfügte die Margarinefabriken und der Großhandel nicht über genügend Kapital zur Beschaffung der Devisen. Die Reichsbank mußte Kredite zur Verfügung stellen. Im Lande selbst sind ausreichende Mengen an Margarine und Rohstoffen vorhanden, so daß die Versorgung der Bevölkerung zum mindesten für 12 Wochen gesichert ist. Falls eine volle Devisenzufuhr erfolgt, ist es möglich, wöchentlich 5—6000 Tonnen Margarine und 1250 Tonnen Schmalz in den Konsum zu bringen. Der Bedarf an Butter konnte nicht gedeckt werden. Der Mehroverbrauch auf dem Lande ist neben der Mindestproduktion auch maßgebend für den Rückgang der Milchlieferungen in die Großstädte.

Anschließend trat der Ausschuß in die Beratung des vom Ernährungsministerium vorgelegten Entwurfs einer Verordnung über die Zuckerverzehrung im Wirtschaftsjahr 1923/24. Der Entwurf sieht grundsätzlich eine freie Bewirtschaftung vor, vorbehaltlich der Sicherung einer angemessenen Rundzuckermenge für den späteren Teil des Wirtschaftsjahres. Das soll durch eine Rücklage der zuckererzeugenden Fabriken, durch eine Konzessionierung und Kontingierung bestimmter großer zuckerverbrauchender Industrien und eine besondere Großhandelsverabreichung für solche Betriebe, die den Handel mit Zucker nach dem 1. Oktober 1923 beginnen wollen, erreicht werden. Der Ausschuß stimmte mit einigen Stimmenthaltungen dem Entwurf zu.

Neue Heraussetzung der Eisenbahntarife.

Infolge der weiter fortgeschrittenen Teuerung für Rohstoffe und Materialien und infolge der großen auf der Reichsbahn laufenden sonstigen Ausgaben sieht sich die Reichsverkehrsverwaltung veranlaßt, die Eisenbahntarife vom Dienstag, den 25. September, ab heraufzusetzen. Die Schlüsselzahl für die Berechnung der Güterfrachtlage beträgt von diesem Tage ab 36 Millionen; die Schlüsselzahl für die Tarife im Personenverkehr beträgt 20 Millionen.

Geplante werden die Mindestfahrpreise auf die Berechnung von 8 Kilometer (bisher 8 Kilometer) herabgesetzt. Der Mindestgrundpreis in der 4. Klasse wird von 20 Pf. auf 15 Pf. herabgesetzt.

Die vierstägige Gültigkeit der vorgetroffenen Fahrausweise wird beibehalten.

Wieder ein Sememord.

Ein ehemaliger Leutnant von Rechtsradikalen ermordet.

Am Donnerstag, den 5. d. M., wurde in Dalgow bei Döberitz in einem Kesselbad die Leiche eines 25 Jahre alten Mannes aufgefunden. Beamte des Berliner Mordbereitschaftsdienstes, die an den Fundort entsandt wurden, stellten aus Briefen und Aufzeichnungen fest, daß politische Mord bei dem Verbrechen mitgespielt haben müssen. Es wurde daher die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums mit der Aufklärung betraut. Die Feststellungen haben schon ergeben, daß es sich um einen Leutnant der Reserve Sand handelt, der durch zwei Schüsse in den Kopf getötet worden ist. Sand hatte Verbindungen mit rechtsradikalen Verbänden, deren Zusammenkünfte aufgesucht und die Kenntnisse über deren Treiben, die er auf diese Weise machte, anderen Stellen vortragen. Es wird angenommen, daß Mitglieder dieser Kreise seines Verrats wegen ihn umgebracht haben. Auf die Ergreifung der Täter hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 50 Millionen Mark ausgesetzt.

Die deutschnationalen Hehe.

München, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschnationalen Agitatoren in Bayern ließen in den letzten Wochen im ganzen Lande herum, um nach gemeinsamer Parole in Versammlungen eine maßlose Hehe gegen Stresemann und seine Regierung zu treiben. Die den Deutschnationalen untertänige Presse veröffentlicht nun einen Bericht über diese Versammlungen, in dem es zum Schluß heißt: „Das nationale Deutschland wird die Schande der zweiten Kapitulation nicht stillschweigend ertragen. Bayern und mit ihm zusammen alle vaterländischen Kräfte im Reich stehen vor der Aufgabe, zu entscheiden, ob wir beschämlich zugrunde gehen oder im nationalen Gedanken gerettet werden wollen. Wenn diese Stunde kommt, ist es Pflicht aller deutschgesinnten Bayern, bis zum letzten Mann dem Rufe der Verantwortlichen des Staates zu folgen mit der Losung: „Bei uns ist das Reich!“

Diese deutschnationale Annäherung wird bei niemand besondere Bewunderung hervorrufen. Eigenartig aber ist es, wenn das offizielle Organ der bayerischen Staatsregierung, die „Bayerische Staatszeitung“, die deutschnationale Kundgebung an hervorragender Stelle veröffentlicht und dazu sagt: „Aus dieser Kundgebung, die keineswegs nur die Auffassung der bayerischen Mittelpartei widerspiegelt, ergibt sich, daß der Reichskanzler in Gefahr steht, das Vertrauen der besten Kreise des Volkes zu verlieren.“

Solange allerdings offizielle Kreise in Bayern, die deutschnationalen Verleumder und Heher für die besten Angehörigen des deutschen Volkes halten, besteht ein abgrundtiefer Gegensatz zwischen Bayern und der Mehrheit des deutschen Volkes, ein Gegensatz, durch den das innerpolitische Leben in Deutschland leider schon allzulange vergiftet worden ist.

Der vor vier Wochen zum Tode verurteilte Student Zwengauer, der im Blücherbund den Sememord an dem Studenten Baur aus Wörmersdorf verübt hat, wurde nunmehr vom bayerischen Ministerrat auf Grund eines Gnabengesuches zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt (!).

Wegen gemeiner Beschimpfung des Reichskanzlers ist das „Deutsche Tageblatt“ auf zwei Wochen verboten worden.

Devisenliste. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 2 942 025 Weib, 2 057 475 Brief; 100 österreichische Kronen 154 612 Weib, 155 388 Brief; 1 tschechische Krone 3 201 750 Weib, 3 808 250 Brief; 1 ungarische Krone 5785 Weib, 5815 Brief; 1 bulgarische Dena 1 047 875 Weib, 1 052 825 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1 197 000 Weib, 1 208 000 Brief.

Die Unorganisierten.

Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, kurz ADGB, genannt, zusammengefaßten 49 freien deutschen Gewerkschaften umfassen insgesamt eine Anzahl von rund 8 Millionen organisierten deutschen Arbeitern, während der Allgemeine Freie Angestelltenbund, unter der Abkürzung AFA bekannt, insgesamt 757 000 Mitglieder zählt. Nun hat man sich vor Augen, welche unerhörten Mühen, Arbeit und Kräfte es gekostet hat, um diese Verbände aufzubauen und zu erhalten, und überlege sich darauf, welche gewaltige Anstrengungen selbst diese Riesenvverbände machen müssen, um die Unternehmer Schritt für Schritt zu Entgegenkommen und Zugeständnissen zu nötigen. Dann nämlich erst kann man ermessen, was es bedeutet, wenn eine Arbeitnehmerklasse schlecht oder gar nicht organisiert ist und wenn der einzelne, der einer solchen Arbeitergruppe angehört, sich wohl gar in dem Glauben wiegt, er werde, wenn es wirklich mal so weit kommt, mit dem Unternehmer schon alleine fertig werden. Sehen wir einmal zu, wie es dem Unorganisierten heute ergeht.

Das alte Lied.

Schauplatz: Ein Bureau im Berliner Gewerkschaftshaus am Engelplatz. Eine den Arbeiterständen angehörige Frau tritt zögernd und unsicher ein. Sie ist offenbar noch niemals in einem Gewerkschaftsbureau gewesen und man sieht es ihr an, wieviel Mühe und Willenskraft es sie gekostet hat, den schweren Gang anzutreten. Nun aber ist sie da, und kaum hat der Sekretär sie nach ihrem Wunsch gefragt, beginnt sie zu erzählen, zu berichten, zu wehklagen und zu jammern und schließlich wohl gar auch zu weinen. Beringer Lohn, endlose Arbeitszeit usw. Der Sekretär kennt das ganz genau, denn es passiert alle Tage immer von neuem. Es entfällt sich das typische Schicksal der Unorganisierten, die sich eines Tages dem Riesennetz des Kapitals hülflos und wehrlos gegenübersehen. Dennoch fragt er aus Pflichtgefühl: „Welcher Organisation gehören Sie an?“ Die Frau sieht ihn groß an: „Organisation? Keiner!“ „Und warum nicht?“ Auf diese Frage kommen regelmäßig in verschiedenen Abwandlungen dieselben Antworten. Die einen haben niemals Zeit gehabt, sich darum zu kümmern, die anderen wollen nicht gewußt haben, daß es eine Organisation gibt, den Dritten war der Beitrag zu hoch, die Vierten haben geglaubt, daß es doch keinen Zweck habe, die Fünften hatten Angst vor dem Chef und nicht Wenige gibt es, Männer und noch weit mehr Frauen und Mädchen von sogenanntem „besseren“ Herkommen. In manchen von ihnen spukt wohl auch noch der Wahn, daß es ihnen über kurz oder lang gelingen werde, zu Geld zu kommen, um dann wohl selbst ein kleiner Unternehmer zu werden. Wieder andere haben, wenn sie sich nicht organisieren, ganz andere Absichten, die sie natürlich niemals verraten. Sie hoffen, sich damit bei dem Werkführer oder dem Abteilungsleiter in ein gutes Licht zu setzen, um bei Gelegenheit ihren anderen Kollegen und Kameraden bevorzugen zu werden. Aber plötzlich, wenn die brutale Faust des rücksichtslosen Unternehmers sie am Kragen packt, dann finden sie den Weg zur Gewerkschaft, dann soll die Gewerkschaft helfen. Selbst wenn die Gewerkschaft über ihre erste und wichtigste Pflicht hinaus, nämlich den eigenen Mitgliedern zu helfen, diesen Unglücklichen helfen möchte, so schreitet doch fast immer ein herartiger Versuch daran, daß in dem betreffenden Betriebe auch die übrigen nicht organisiert sind und daß der Inhaber, d. h. der Unternehmer, infolge dessen gar nicht daran denkt, sich von der Gewerkschaft etwas sagen zu lassen. Das Schicksal der Unorganisierten nimmt dann eben seinen Lauf. Und unorganisierte Mädchen und Frauen fallen dann wohl gar — das entsetzliche Los — der Prostitution zum Opfer. Den Organisierten hingegen bietet die Gewerkschaft und damit die Gemeinschaft aller übrigen Organisierten nicht nur einen starken wirtschaftlichen, sondern auch einen starken moralischen Halt.

Einzel- und Heimarbeiter.

Will man wissen, wo sich denn eigentlich die Unorganisierten befinden, so stellt es sich heraus, daß kaum eine Berufsgruppe sich davon ausschließen kann und bei genauem Hinsehen ergibt sich fast immer, daß es in der Hauptsache noch wie vor die Heimindustrie und die Einzelarbeiter und Angestellten sind, die sich von den Organisationsleuten und zu ihrem Nachteil fern halten. Einen ganz überraschenden Aufschwung und Zuwachs von bis dahin Unorganisierten hatte nach dem Krieg der Deutsche Landarbeiterverband zu verzeichnen. Denn gerade der Landarbeiter hat in den letzten Jahren es erleben müssen, wie gefährlich für ihn die Spekulation auf dem Lande ist. Nicht wenig Unorganisierte gibt es

in der Kleider- und Mäntelherstellung, überhaupt in der Heimindustrie der Konfektion, und gerade der „Vorwärts“ ist seit Jahrzehnten nicht müde geworden, hier und bei allen anderen Branchen freche Ausplünderungsmanöver der Unternehmer zu geißeln. Das hat auch viel zur Besserung beigetragen. In der thüringischen Glas- und Spielwarenindustrie hat sich bereits vor dem Krieg dank der unermüdbaren Aufklärung und Kritik seitens der Gewerkschaften und der Partei und ihrer Presse manches gebessert. Gar traurig sieht es heute aber beispielsweise in der belgischen Tabak-Heimindustrie aus. Unmöglich in diesem engen Rahmen auch nur andeutungsweise alle jene Erwerbskreise und -gruppen zu nennen, denen wirtschaftliche Erfolge durch die Unorganisierten erschwert werden. Es sind ihrer leider immer noch viel zu viel.

Die Hausangestellten.

Die größte Arme der Unorganisierten stellen heute wie einst die Hausangestellten. Es scheint als ob hier jede Organisation auf Sand gebaut wird. Das hängt mit der psychologischen Einstellung der Hausangestellten zusammen. Die meisten sagen sich: „Ach was, lange bleibe ich doch nicht in Stellung. Wenn ich mich verheiratet — das ist in der Tat die hauptsächlichste Erwägung — dann hat der ganze Kerger doch ein Ende. Wozu soll ich da erst in den Verband hinein?“ Die allerwenigsten bedenken, daß der Krieg unserem Volk über eine Million heiratsfähiger Männer durch Tod und Verblümmelung entzogen hat, so daß heute die Heiratschance geringer denn je ist. Sehr viele Mädchen müssen deshalb viel länger in Stellung bleiben als sie je beabsichtigt hatten und die „Gnädigen“, die ja zu einem großen Teil den nationalen und fast ausnahmslos einer kapitalistischen Partei zuzurechnen, haben nichts Besseres zu tun als ihre Angestellten vom Verband zurückzuhalten. Das wird aber in Zukunft wesentlich anders werden, denn der Verband der Hausangestellten Deutschlands ist kürzlich

Die Geistesarbeiter.

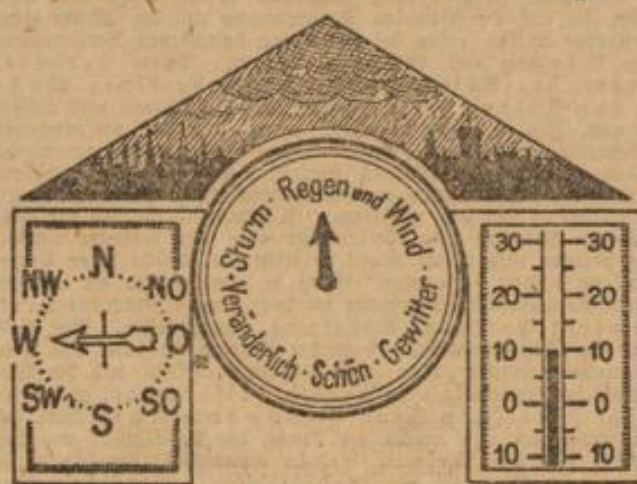
Ein ganz böses Kapitel sind, jetzt mehr denn je, die Geistesarbeiter, besonders die Redakteure, Journalisten und Schriftsteller. Man kann sie heute ohne Frage zu den schlechtest bezahlten Berufen zählen. Eine wirtschaftspolitische, freigewerkschaftliche Standesorganisation der Schriftsteller gibt es nicht, und wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wie bisher weiter geht, wird es in absehbarer Zeit einen freien unabhängigen Schriftstellerstand nicht mehr geben. Gerade im freien Schrifttum zeigen sich die verderblichen Folgen des deutschen Individualitätsjähmmer, der den einzelnen höher wertet als die Gesamtheit. Schwer organisierbar sind auch andere akademische Berufe, z. B. Apotheker, während die Ärzte heute bereits straff durchorganisiert sind. Schwer, wenn nicht unmöglich, zu erfassen sind von den freien Gewerkschaften jene jetzt zu riesigen Massen angeschwollenen Scharen von Frauen-Offizierswitwen und deren Töchtern und Witwen von höheren und mittleren Beamten und Akademikern, die nach außen hin ängstlich bemüht sind, den Schein der Wohlhabenheit zu wahren. Dafür müssen sie sich für Geschäfte bis in die Nacht hinein auch heute noch für Lumpengelder plagen, die überhaupt keinen ehrlichen Lohn darstellen, sondern ein Bettelpfennig sind.

Die Bedeutung der Wirtschaftsorganisation wird heute immer mehr erkannt. Leider lassen sich, besonders viele Frauen und Mädchen, immer wieder durch ein auf ihr empfängliches Gemüts- und Empfindungsleben schlaues spekulierendes frömmelndes Gelfascher und durch für einen verstandesmäßig denkenden Menschen ungenießbare Traktätschen von der tatkräftigen Betreibung ihrer wirtschaftlichen Interessen abhalten. Für sie wie für alle anderen gilt ein Wort, das die „Deutsche Portierzeitung“ kürzlich in bezug auf die Unorganisierten aussprach: „Wir freigeorganierten Arbeiter, Angestellten und Beamten bilden unter der Gewalt der Umstände eine Rotzmeinschaft. Nur durch festen Zusammenschluß, nur dadurch, daß Hunderttausende verhältnismäßig erhebliche Opfer bringen, können wir äußerster Not wehren, können wir unseren Stand von gänzlicher Verehrung schützen. Da hat kein Berufscolleg das Recht, beiseite zu stehen. Unorganisierte dürfen wir heute unter uns nicht mehr dulden.“

Aufgaben des Berufsamtes.

Auf Einladung des Vorstehers des Berliner Landesamtes für Arbeitsvermittlung, Stadtrat Brühl, fand heute eine Besichtigung des Landesberufsamtes Berlin statt, zu der alle Vertreter der Presse geladen waren. Nach einleitendem Vortrag des Direktors Dr. Liebenberg über das Wesen und die Bedeutung der Berufsberatung für die Jugendlichen, die vor der Berufswahl, und für die Erwachsenen, die vor einem Berufswechsel stehen, erfolgte eine mehrstündige Besichtigung der Einrichtungen des Landesberufsamtes. Besonders Interesse erregten die Vorführungen in der Eignungsprüfstelle, deren Aufgabe es ist, durch Vornahme von besonderen psychologischen Eignungsprüfungen in Zweifelsfällen, und für besonders qualifizierte Berufe geeignete Grundfragen für die Berufsberatung zu schaffen. In Verbindung mit der Frage der Berufsberatung, Eignungsprüfung und Berufsvermittlung wurde auch eingehend die täglich immer mehr wachsende Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und deren Befahren und schließlich auch die Not der geistigen Berufe erörtert. Wir begehnen uns vor, in einem demnächstigen Beitrag auf die Arbeit des Berufsamtes und seine Methoden ausführlich einzugehen.

Wetteraussichten für Sonntag.



Zu Beginn dieser Woche drang der südliche Teil eines auf dem europäischen Nordmeer gelegenen umfangreichen Tiefdruckgebietes nach der Nordsee vor und zog dann rasch nach Südskandinavien weiter. Bei seinem Vorübergang traten in Westdeutschland am Sonntag früh seit langer Zeit die ersten Regenschauer ein, die sich innerhalb 24 Stunden ostwärts bis Ostpreußen fortplanten und sich in den folgenden Tagen mehrmals wiederholten. In der Nacht zu Mittwoch eilte ein neues Teillief von der nördlichen Nordsee nach Südostschweden hin und brachte besonders der ostdeutschen Küste sehr starke Regenschauer. Dabei fand überall eine beträchtliche Abkühlung statt und nahm in den folgenden Tagen, an denen in den meisten Gegenden heiterer Himmel und kurze Regenschauer öfters miteinander abwechselten, noch zu. Am Donnerstagabend lag westlich von Irland ein neues, weit nach Westen ausgedehntes Tiefdruckgebiet aufgetreten und hat sich in der Nacht zu Freitag mit dem älteren Tief vereinigt. Beide scheinen jetzt gemeinsam ihren Weg mit nur mäßiger Geschwindigkeit in östlicher Richtung fortzusetzen. Bei ziemlich frischen südwestlichen bis westlichen Winden haben wir daher auch für Sonnabend und Sonntag kühles, aber überwiegend trübes Wetter mit wiederholten Regenschauern zu erwarten, zwischen denen sich der Himmel immer nur kurz vorübergehend aufklären dürfte.

Kilian.
Roman von Jakob Böhmer.

„Sagen Sie nicht so blasiert: Ach so! — Ich anerkenne eine Verantwortung jedes Einzelnen für die Gesamtheit; ich anerkenne eine scharfe und restlose Verantwortung der Gegenwart für die Zukunft, aber weiter gar nichts.“

„Es ist wohl leicht, so zu reden, wenn man nicht einmal die Verantwortung an den eigenen Kindern...“

„Ich wiederhole Ihnen,“ wurde Kilian lauter, „ich anerkenne keine Verantwortung an den eigenen Kindern; anerkenne nur eine Verantwortung an den Kindern! Anerkenne, daß man alle Kinder der Welt liebt mit einer hingebungsvollen und unbedingten, anerkenne nur, daß man für alle Kinder der Welt tut, was man nur tun kann. Aber ich leugne die Sittlichkeit einer Einrichtung, die das eigene Kind bevorzugt vor dem des Nächsten. Unstittlich nenne ich eine solche Sittlichkeit, weil sie dumm ist und den eigensten Interessen der Menschheit zuwiderläuft. Wer weiß denn, ob mein oder dein oder ein drittes Kind besser veranlagt ist, als ein anderes? Gleichviel; jeder pöppelt seine Puppe auf, so gut oder so schlecht er es versteht. — Nein, mein Sohn, ich habe für Sie getan, was mir im Scheidungsprozess seinerzeit auferlegt wurde und einiges darüber hinaus. Ich werde Ihnen noch eine ganz kurze Zeit weiterhelfen, und dann ist vollständig Schluss.“

„Ich werde doch noch meine Studien beenden können?“

„Sie studieren Jura!“

„Woher wissen Sie...?“

„Ich bin über Sie ziemlich genau unterrichtet, mein Herr.“

„Also doch!“ frohlockte der andere.

„Ja, doch. So ein Wort bist ich noch. So viel Vererbung habe ich in mir, daß ich meine, mein eigenes Kind sei etwas Besonderes. Ich bin, als Sie noch ein Knabe waren, oft in Lausanne gewesen. Ich habe mich auf den Weg gestellt, auf dem Sie aus der Schule kommen mußten, und habe wahnsinniges Herzklappen bekommen, wenn ich Sie daher-

kommen sah, heiter und ausgelassen und ahnungslos. Und einige Male habe ich Sie in einem Gedränge mit der Hand berühren dürfen und bin namenlos glücklich in den nächsten Wagen gesprungen, um meine Tränen zu verbergen. Läppisch ist so etwas, läppisch! Während dem Scheidungsprozess, dieser unsäglich häßlichen Komödie, habe ich viermal stundenlang unten an der Rue Morronnier auf Sie gewartet, vergebens! Sie durften nicht kommen. Und einmal, als Sie doch kamen, haben Sie mir ein Schimpfwort ins Gesicht geworfen, das Sie Ihre Mutter gelehrt hatte, und sind weggerauscht. Damals habe ich beschlossen, Sie nie mehr sehen zu wollen. Aber ich konnte es doch nicht lassen, mir immer über Sie Nachrichten zu verschaffen. Nun... sind Sie ein junger Mann und studieren — Jura!“

„Haben Sie dagegen etwas einzumenden?“

„Machen Sie den Unsinn nicht mit. Ich bitte Sie! — Recht ist das furchtbarste, aber unfruchtbarste Ding der Welt!“

„Ich dachte... die politische Laufbahn einzuschlagen,“ stammelte der junge Mann.

„Politische Laufbahn! — Warum nicht gar Literaturprofessor? Warum denn keinen ehrlichen Beruf?“

„Vielleicht Bankdirektor?“ entfuhr es dem Studenten.

Kilian lachte herzlich. „Warum nicht?“ sagte er und fügte, ernster werdend, hinzu: „Als Bankdirektor verwalten und vermitteln Sie die bedeutendsten schöpferischen Kräfte. Bankdirektor ist einer der verantwortungsvollsten Berufe. Darum, wenn Sie ihn ergreifen wollen, — überhaupt, wenn Sie irgend etwas Tüchtiges werden wollen — verleugnen Sie Ihren Vater. Ich habe es mit meinem auch so gehalten. Er war zwar zufällig Eindredner. Der Ihre ist zufällig Millionär, wie man behauptet. Ihr Los ist aber wahrscheinlich schlimmer als meines. Sie haben es sicher schwerer, ein brauchbarer Mensch zu werden. Lassen Sie sich nicht noch mehr erblich belasten — ein Magenleiden haben Sie ja bereits, wie ich höre — lassen Sie sich nicht durch meinen höchst unsicheren Besuch um die wirkliche Kenntnis des Daseins und die tiefsten Erlebnismöglichkeiten bringen.“

„Ich verstehe Sie nicht recht,“ sagte der Sohn.

„Sehen Sie, das ist es: Sie würden nie etwas verstehen. Sie würden einer dieser durch Erbschaft zu Besitz gekommenen

Großkapitalisten, die draußens wirtschaften, ohne sich je einmal Rechenschaft über die Zweckmäßigkeit oder Schädlichkeit ihrer Arbeit zu geben!“

Der Junge horchte auf. Er sagte: „Wenn ich mich nicht irre, so habe ich diesen Sach ziemlich wörtlich in einer Schrift gelesen, die draußen in Ihrem Wartezimmer liegt.“

„Was halten Sie von der Schrift?“

„Sie ist, soviel ich weiß, sehr verrufen!“

„Was halten Sie davon?“

„Verrücktes Zeug. Aber nicht ungefährlich. Der Mann müßte meines Erachtens von Staats wegen verhaftet werden auf Grund der Verwässerung!“

„Meinen Sie? Mir hat man gesagt, der Verfasser habe seinen Namen nicht genannt aus Furcht vor den Anarchisten.“

„Das mag wohl sein...“

„Nicht wahr,“ fiel Kilian begeistert ein, „denn die Schrift wendet sich gegen jede Anarchie, gegen die zügellose, schrankenlose entgleister Neuerer und gegen die gefekliche Anarchie des modernen Rechtsstaates mit seiner Krieg- und Kapitalwirtschaft!“

„Verteidigen Sie die Schrift...?“ fragte der Junge in blassem Erstaunen.

Kilian sagte innig: „Lernen Sie doch das Leben erst kennen! Lernen Sie unsere Einrichtungen kennen, bevor Sie Partei ergreifen. Werden Sie Arbeiter! Wenn Sie wollen, können Sie morgen bei uns als Ausläufer oder Abpartgehilfe beginnen. Es ist ja ganz gleich, was Sie tun; lernen Sie nur vorerst Ihr Brot verdienen. Wollen Sie?“ Kilian streckte ihm herzlich die Hand hin.

Der andere nagte seine Lippen, zögerte, dann zog er stramm die Beine zusammen und sagte: „Es war mir wertvoll, Ihre Bekanntschaft zu machen. Sehr wertvoll!“ Er hob die Lippen und durchbohrte den Alten mit einem feindseligen Blick. „Namentlich Ihre politische Gesinnung hat mich interessiert. Sie wird wohl auch andererseits interessieren.“ Der Jüngling fuhr sich mit der Fingerringe über die Lippen. „Im übrigen,“ schloß er schneidend: „empfehle ich Ihnen, machte rechtsam kehrt, setzte schwungvoll seine Mühe auf den pomadifizierten Scheitel und verschwand aufrecht durch die Türe.“

(Fortf. folg.)

